

Frauenbeitrag

Ungleiche Behandlung bei der Mütterrente II

Auf der 14. Frauen-Alterssicherungskonferenz von SoVD und ver.di haben wir Frauen uns mit den frauenpolitischen Maßnahmen der Großen Koalition beschäftigt. Wir haben uns auch gemeinsam für die Anhebung der Mütterrente eingesetzt. Wir Frauen im SoVD fordern schon seit vielen Jahren, die Ungleichbehandlung bei den Kindererziehungszeiten abzubauen.

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist die Mütterrente II vereinbart worden. „Soziale Gerechtigkeit“ war ein Slogan des Bundestagswahlkampfes. Was man aber im Koalitionsvertrag zum Thema „Mütterrente II“ liest, ist eine schreiende Ungerechtigkeit. Denn demnach sollen nur die Mütter, die vor 1992 drei oder mehr Kinder zur Welt gebracht haben, von dem zusätzlichen Rentenpunkt profitieren. Mütter und Väter, die nur ein oder zwei vor 1992 geborene Kinder erzogen haben, erhalten nichts aus der neuen Mütterrente II. Das diskriminiert die Mehrheit der Erziehenden in Deutschland, die weniger als drei Kinder haben.

Außerdem fordern wir Frauen im SoVD, die Mütterrente I und II nicht aus Beitragsmitteln, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus Steuermitteln zu finanzieren. Nach Ansicht der Frauen im SoVD sollten auch die Kindererziehungszeiten in den neuen Bundesländern im vollen Umfang an das Westniveau angeglichen werden.

Im Rahmen der Konferenz entstand ein gemeinsames Foto, das den Auftakt zur Fotoaktion „Gleiche Mütterrente für alle“ der Frauen im SoVD bildet. Ich war mit dabei und unterstütze den Aufruf, sich an dieser Aktion zu beteiligen, aus voller Überzeugung. Wir Frauen im SoVD rufen daher alle Landes-, Kreis- und Ortsverbände auf, sich für diese Aktion starkzumachen.

Liebe Frauen im SoVD, beteiligt euch an der Fotoaktion! Eure Landesfrauensprecherinnen, die ab September dazu Infomaterial erhalten, unterstützen euch und stehen euch mit Rat und Tat zur Seite. Das Ergebnis unserer bundes- und landesweiten Aktivitäten soll dann am 6. September 2019 anlässlich des 100-jährigen Jubiläums „Frauen im SoVD“ präsentiert werden.



Gudrun Karp
Mitglied im
Bundesfrauenausschuss

14. Frauen-Alterssicherungskonferenz verabschiedet Resolution

Rente muss zum Leben reichen!

Die gemeinsam von ver.di und SoVD veranstaltete 14. Frauen-Alterssicherungskonferenz stand unter dem Motto: „Die Rente ist sicher. Zu niedrig.“ 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet diskutierten Anfang Juli in Berlin, inwieweit der Koalitionsvertrag eine zufriedenstellende Gleichstellungspolitik berücksichtigt.

Edda Schliepack, Bundesfrauensprecherin und SoVD-Präsidiumsmitglied, kritisierte die im Koalitionsvertrag vorgesehene „Mütterrente II“. Diese berücksichtige nur Mehrfamilien mit vor 1992 geborenen Kindern. „Soziale Gerechtigkeit war der Slogan des Bundeswahlkampfes“, erinnerte Schliepack und fragte: „Was ist denn hier gerecht?“ Die Differenzierung diskriminiere die Mehrheit der Erziehenden in Deutschland.

Zudem wollen die SoVD-Frauen, dass die Kindererziehungszeiten Ost an das Westniveau angeglichen werden. Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe müsste dies aus Steuermitteln finanziert werden.

Sozialer Frieden in Deutschland gefährdet

Vor dem Hintergrund des 100-jährigen Jubiläums des Frauenwahlrechtes erinnerte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Dagmar König daran, was Frauen alles erreichen können. Sie sagte: „Wer Frauen in die Altersarmut schiebt, handelt nicht nur ungerecht, sondern auch unklug, denn er gefährdet den sozialen Frieden.“

Stefanie Nutzenberger vom ver.di-Bundesvorstand wies auf die riesige Rentenlücke von 46 Prozent zwischen Männern und Frauen hin. Diese sei ein Spiegel weiblicher Erwerbsleben und insbesondere auf



Foto: Wolfgang Borrs

Die debattierten Anforderungen an die Politik flossen in eine Resolution ein, die alle Teilnehmenden der 14. Frauen-Alterssicherungskonferenz verabschiedeten.

Minijobs, prekäre Arbeitsverhältnisse und unterbrochene Erwerbsbiografien von Frauen zurückzuführen. „Fast jede dritte Frau arbeitet im Niedriglohnbereich“, verdeutlichte Nutzenberger.

Frauen erhalten nur die Hälfte der Rente

Dr. Ulrike Spangenberg vom Deutschen Juristinnenbund verdeutlichte, dass Deutschland eines der höchsten Rentengefälle zwischen Frauen und Männern aufweise. Hinzu kämen Unterschiede in Ost- und Westdeutschland, etwa was die Verbreitung von betrieblichen Renten angeht. Die Bundesregierung müsse sich daher für Diskriminierungsfreiheit und Chancengleichheit auf dem Arbeits-

markt einsetzen und Anreize für eine gerechte Verteilung von Kindererziehung und Pflege schaffen. Das Steuer- und Rentensystem sollte besonders in Bezug auf Alleinerziehende überprüft werden.

Mehr Informationen über Rententhemen sinnvoll

Dr. Judith Kerschbaumer, Leiterin des Bereiches Sozialpolitik bei der Gewerkschaft ver.di, hatte sich den Koalitionsvertrag aus alterssicherungspolitischer Sicht angeschaut. Um Altersarmut zu vermeiden, brauche es über die darin vorgesehenen Maßnahmen hinaus höhere Löhne, keine prekären Jobs, mehr Vollzeitstellen und einen Mindestlohn deutlich über 14 Euro. *dam*

SoVD im Gespräch



Foto: Anna Hermanns/BMFSFJ

Caren Marks (li.), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, sprach in Berlin mit SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack über aktuelle frauen- und familienpolitische Fragen.

Austausch zur Frauen- und Familienpolitik

SoVD-Präsidiumsmitglied und Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack war am 24. Juli zu Gast bei Caren Marks, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Den frauen- und familienpolitischen Gedankenaustausch begleiteten aus dem Ministerium Tobias Kersten-Bittner und Alexandra Schiltz sowie aus dem SoVD Dr. Simone Real.

Marks grüßte von Ministerin Franziska Giffey (SPD) und dankte für Schliepacks Einsatz

zum Equal Pay Day. Alle waren sich einig, Kinderarmut weiter zu bekämpfen. Auch ging es um die Mütterrente, das Lohnrechtsgesetz, Frauenquoten, Frauenhäuser und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, besonders durch Elterngeld und Elterngeld Plus. Die Anträge seien komplex, so Schliepack. Marks empfahl das neue www.familienportal.de des BMFSFJ.

SoVD begrüßt geplantes Gute-KiTa-Gesetz

Ein Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität in der Kindertagesbetreuung („Gute-

KiTa-Gesetz“) soll mit Bundesmitteln für bessere Angebote sorgen. Zum Referentenentwurf des BMFSFJ nahm der SoVD Stellung. Er begrüßt die Ziele und Maßnahmen. Nach dem Rechtsanspruch sei dies ein weiterer Schritt, um vielen Kindern den Kitabesuch zu ermöglichen.

Das Gesetz soll Länder und Kommunen unterstützen, Hürden senken, Unterschiede beseitigen, Eltern entlasten und bundesweit gleichwertige Lebensverhältnisse und Zugangschancen für alle schaffen. Besonders positiv findet der SoVD Gebührenfreiheit und bedarfsgerechte Öffnungszeiten. Familie und Beruf würden vereinbarer. Doch noch fehlten Plätze. Auch seien mehr Maßnahmen für frühkindliche Bildung nötig.